



GERECHTIGKEIT
BRAUCHT

DIE LINKE.

DIELINKE-NRW.DE



Walter Brinkmann
Landtagskandidat
DIE LINKE



Evelin Menne
Ratsfrau im Stadtrat
DIE LINKE

8. März – Internationaler Frauentag

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

So sieht die soziale Wirklichkeit in Deutschland aus: Die etablierten Parteien sehen bei der sozialen Abwärtsspirale zu und stützen weiter die Konzerne und die Superreichen! Solange daran nicht gerüttelt wird, haben wir Armut in Deutschland! Kämpfen wir gemeinsam – kämpfen wir solidarisch in unserem Land für soziale Gerechtigkeit!

Was hören wir von der Ampelkoalition?

Die Verdienstgrenze für Minijobs soll von derzeit 450 € auf 520 € angehoben werden. In Deutschland gibt es derzeit rund 7,6 Mio. Minijobber. Betroffen sind vor allem RentnerInnen, die ihre Rente aufbessern müssen, um ihre Existenz zu sichern. Die Koalition feiert ihre Großzügigkeit als eine »umfangreiche Reform des Arbeitsmarktes« und »als eine gute Nachricht für alle, die in einem Minijob arbeiten«.

Fakt ist, dass

- Minijobs für Frauen ein riskanter Weg in die Teilzeitfalle darstellen und möglicherweise in die Altersarmut führen.
- Minijobs, vor allem in kleinen Unternehmen, sozialversicherungspflichtige Jobs verdrängen und Ausfälle bei den Sozialversicherungsbeiträgen verursachen.
- Minijobs nicht vor Armut schützen, da sie prekäre Lebenssituationen zu einem Dauerzustand machen.
Dagegen helfen nur höhere Löhne und die Ausweitung regulärer, tariflich abgesicherter Jobs.

DIE LINKE. fordert:

Minijobs und Leiharbeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen!

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt seit dem 1. Januar diesen Jahres 9,82 Euro pro Stunde. Zum 1. Juli steigt er planmäßig auf 10,45 Euro. Nach einem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums soll der Mindestlohn 2022 noch auf 12 Euro steigen.

Fakt ist, dass

- nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden/Woche und 45 Beitragsjahren ein Stundenlohn von 12,63 Euro notwendig wäre, um einen Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung zu erzielen!

- 70 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohn-Sektor Frauen sind, und fast 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten nur noch einen Niedriglohn bekommen!

DIE LINKE. fordert:

Den Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen! Alles andere bedeutet Altersarmut!

Die Hartz-IV-Regelsätze sollen um nur 3 Euro oder 0,76 Prozent erhöht werden. Dies liegt deutlich unterhalb der Preisentwicklung von zuletzt 5,2 Prozent (November 2021). Der Bundestag hat am 16.12.2021 einen Antrag der Fraktion **DIE LINKE.** zu diesem Thema mit dem Titel »Existenzminimum sichern – Inflationsausgleich bei Regelsätzen garantieren« mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ die Grünen abgelehnt! Gleichzeitig beschloss der Bundestag (ohne die Stimmen der **LINKEN**), dass die Abgeordneten weiterhin jährlich zum 1. Juli angepasst werden. Diese stiegen in den letzten fünf Jahren um 22 Prozent!

Fakt ist, dass

- die Preise derzeit sieben Mal stärker steigen als der Regelsatz. Insbesondere RentnerInnen und BezieherInnen von Grundsicherung erleben dadurch eine faktische Kürzung ihrer Bezüge.
- die explodierenden Energiekosten dazu geführt haben, dass sich die Zahl der Menschen, die in Deutschland ihre Wohnung nicht heizen können oder im Dunklen sitzen, vervierfacht hat, während sich die Energiekonzerne die Taschen vollgeschaufelt haben.
- immer mehr Menschen von Strom- und Gassperren durch die Energieversorger betroffen sind (rund 230.000 im Jahr 2020).

DIE LINKE. fordert:

- einen Inflationsausgleich bei den Regelsätzen, um das Existenzminimum zu sichern.
- ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren für alle Privathaushalte, und eine kurzfristige Einmalzahlung von 200 Euro für alle Menschen, die unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegen.
- statt Flaschensammeln eine solidarische Mindestrente von 1.200 €.
- eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und nicht umgekehrt.
- die zehn reichsten Familien in Deutschland, die ihr Vermögen während der Pandemie auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und der SteuerzahlerInnen verdoppeln konnten, an den sozialen Kosten durch eine Vermögenssteuer zu beteiligen.

Darum wollen wir die Gewinner der Pandemie zur Kasse bitten!